

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2232/2020

3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Positionspapier Stadtjugendrat und Umweltbeirat und Positionspapier Fridays for Future Fürstenfeldbruck			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	41-Mü	Erstelldatum	14.09.2020	
Verfasser	Müller, Thomas	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	13.10.2020	Ö

Anlagen:	<ol style="list-style-type: none">1. Positionspapiere Ideen und Anregungen zum Klimaschutz2. Positionspapier Stadtjugendrat und Umweltbeirat (Nummeriert)3. Positionspapier Fridays for Future (Nummeriert)
----------	---

Beschlussvorschlag:

1. Die Ideen und Anregungen aus den eingereichten Positionspapieren werden grundsätzlich begrüßt und leisten einen Beitrag zum ambitionierten Klimaschutz in Fürstenfeldbruck.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der aufgestellten Einordnung, die Ideen und Anregungen aus den eingereichten Positionspapieren in die weitere strategische Arbeit der Stadt Fürstenfeldbruck im Bereich Klimaschutz mit einfließen zu lassen. Zu gegebenem Zeitpunkt sollen hierzu den zuständigen politischen Gremien geeignete Oberziele, Unterziele und Maßnahmen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis		
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis		
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis		
Beirat	Stadtjugendrat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Beirat	Umweltbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis		
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis		
Klimarelevanz				hoch	
Umweltauswirkungen				hoch	
Finanzielle Auswirkungen				Nein	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung					€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme					€
Folgekosten					€

Sachvortrag:**Sachstand:**

Am 21.01.2020 hat die Stadt Fürstenfeldbruck das gemeinsame Positionspapier zum Thema Klimaschutz von Stadtjugendrat und Umweltbeirat erhalten. Das Positionspapier trägt den Titel „*Mehr Klimaschutz in Fürstenfeldbruck*“ und den Untertitel „*Gemeinsam erarbeitetes Positionspapier und Forderungen des Stadtjugendrats und des Umweltbeirats der Stadt Fürstenfeldbruck*“.

Den Forderungen ist folgende Präambel vorangestellt:

„Im Nachgang zum Klimaschutzabkommen von Paris hat die deutsche Bundesregierung im November 2016 den Klimaschutzplan 2050 verabschiedet. Darin werden die klimapolitischen Grundsätze und Ziele im Rahmen des Paris-Abkommens festgelegt. Dies sind eine Reduktion der Treibhausgase von 90 – 95 % bis 2050 ebenso, wie die Zwischenziele von 40 % bis 2020, 55 % 2030 und 70 % für 2040. Ziel ist es, einen Zielwert für die Klimaerwärmung von möglichst 1,5 Grad zu erreichen. Bei der Umsetzung aller mit der geplanten Zielrichtung verbundenen Maßnahmen kommt den Kommunen eine große Verantwortung zu. Dies erfordert von den verantwortlichen Kommunalpolitikern strategisches Denken, Mut und Entschlossenheit, vor allem aber ein Bekenntnis zur eigenen Verantwortung für Umwelt, Klima und Natur. Der Stadtjugendrat und der Umweltbeirat der Stadt Fürstenfeldbruck haben gemeinsam Maßnahmen und Forderungen erarbeitet, die in der Umsetzung dazu beitragen sollen, dass Fürstenfeldbruck einen wesentlichen Beitrag zum Schutz unseres Klimas leistet, um zu einer lebenswerten Stadt für die heutige Bevölkerung und für kommende Generationen zu werden. Klimaschutz von heute ist Daseinsvorsorge!“

Das gesamte Positionspapier befindet sich im Anhang. Die aufgeführten Punkte wurden zur besseren Bearbeitung fortlaufend nummeriert. (siehe Anlage 2)

Am 13.03.2020 hat die Gruppe Fridays for Future Fürstenfeldbruck das Positionspapier unter dem Titel „*Forderungen von Fridays for Future für den Klima- und Umweltschutz an die Große Kreisstadt und den Landkreis Fürstenfeldbruck*“ an die Stadt übergeben.

Dem Papier ist folgende Widmung und Präambel vorangestellt:

*„Widmung: Unsere Forderungen richten sich an den Stadtrat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck, den derzeitigen Oberbürgermeister Herrn Erich Raff, den Kreistag des Landkreises Fürstenfeldbruck, den derzeitigen Landrat Herrn Thomas Karmasin sowie alle darauffolgenden Bürgermeister*innen und Landrät*innen. Als Teil der weltweiten und überparteilichen Bewegung “Fridays for Future” sprechen wir als Fürstenfeldbrucker Ortsgruppe mit diesen Forderungen außerdem jede Partei, jede*n Vertreter*in einer Partei und alle parteilosen Abgeordneten des Stadtrates und Kreistages an.*

Präambel: Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Erde laut Weltklimarat (IPCC) im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und dieser Prozess beschleunigt sich weiter. Die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Während wir auf die Kipppunkte des Klimawandels zusteuern, sind wir die ersten, die die Folgen der Erderwärmung spüren und gleichzeitig auch die letzten, die sie aufhalten können.

Die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, nimmt Städte im besonderen Maße in die Verantwortung, denn sie sind weltweit für ca. 80% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 75% des Energie- und Ressourcenbedarfs entfallen global auf Ballungszentren. Durch die fortschreitende Urbanisierung wird sich dieser Anteil in Zukunft erhöhen.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben sich fast alle Länder dazu verpflichtet, die Erderwärmung bei deutlich unter 2 Grad zu stoppen und Anstrengungen zu unternehmen, das 1,5°-Ziel zu erreichen - so auch Deutschland. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen seitdem immer deutlicher, welche dramatischen Folgen das Überschreiten von 1,5 Grad Erwärmung für uns und unseren Planeten hätte.

Es herrscht ein breiter wissenschaftlicher Konsens zu der konkreten Bedrohung durch die globalen Veränderungen und die Dringlichkeit zu schnellem Handeln. Deshalb sehen wir als Fridays For Future Fürstenfeldbruck die konsequente Umsetzung der bundesweiten Forderungen von

*Fridays For Future als essentiell an. Wir betonen, dass gerade auch Kommunalpolitiker*innen die Einhaltung dieser Grenze und die Umsetzung der bundesweiten Forderungen auf allen politischen Ebenen mit größter Entschlossenheit vorantreiben müssen.*

Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es insbesondere auch auf Kommunalebene weitreichende Veränderungen sowie die Ausrichtung aller städtischen Sektoren auf Nachhaltigkeit. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt und den Landkreis Fürstenfeldbruck auf, deutliche Maßnahmen zu ergreifen, die in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft erarbeitet und als effektiv und zielführend anerkanntermaßen geeignet sind, den Beitrag der Stadt und des Landkreises Fürstenfeldbruck zur Erreichung des 1,5°-Ziels zu gewährleisten. Wir fordern die Stadt und den Landkreis Fürstenfeldbruck dazu auf, unverzüglich wissenschaftlich anerkannte, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu stoppen und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a GG zu schützen:

Die Stadt und der Landkreis Fürstenfeldbruck setzen sich auf allen politischen Ebenen für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und die Erfüllung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future ein. Die Stadt und der Landkreis Fürstenfeldbruck müssen bis spätestens 2035 Nettonull Treibhausgasemissionen erreichen. Sämtliche Maßnahmen zum Klimaschutz und deren konkrete und schnelle Umsetzung müssen an diesem Ziel ausgerichtet werden!“

Das Positionspapier im Gesamten befindet sich im Anhang. Die aufgeführten Punkte wurden zur besseren Bearbeitung fortlaufend nummeriert. (siehe Anlage 3)

Die Verwaltung wurde damit beauftragt, zu beiden Positionspapieren Stellung zu nehmen und den politischen Gremien vorzustellen.

Am 23.06.2020 wurden die drei einreichenden Gruppen jeweils darüber informiert, dass die Behandlung der Positionspapiere im UVA im Oktober geplant ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung begrüßt das Engagement der Gruppierungen, sich in Form der eingereichten Positionspapiere in den wichtigen Bereich Klimaschutz einzubringen. Die Positionspapiere enthalten eine Vielzahl an Ideen und Anregungen für den Klimaschutz, die die Stadt Fürstenfeldbruck in ihrem bisherigen Handeln unterstützt und durch teilweise neue Anregungen voranbringen kann.

Die Ideen und Anregungen können in drei Ebenen eingeordnet werden: Oberziele, Unterziele und Maßnahmen. Zum besseren Überblick können diese wiederum in Themenbereiche gegliedert werden. Die Oberziele, Unterziele und Maßnahmen wurden nach Einschätzung der Verwaltung in folgende Kategorien eingeordnet:

Einordnung

<i>1 Wird bereits verfolgt.</i>	Der vorgeschlagene Punkt wird von der Verwaltung bereits umgesetzt bzw. die Umsetzung ist geplant.
<i>2 Idee wird aufgegriffen.</i>	Der vorgeschlagene Punkt ergänzt bereits verfolgte Punkte der Verwaltung oder bringt Neues ein.
<i>3 Eignet sich so nicht.</i>	Der vorgeschlagene Punkt ist so nicht umsetzbar - eine indiv. kurze Begründung ist in der Fußnote in der Anlage 1 vermerkt.
<i>4 Zuständigkeit Landkreis</i>	Der vorgeschlagene Punkt befindet sich im Zuständigkeitsbereich des Landkreises.

Jeder vorgeschlagene Punkt wird jeweils nur einer Kategorie zugeordnet, teilweise wären mehrfache Zuordnungen denkbar. Beispielsweise, wenn ein Punkt Ideen und Anregungen enthält, die teilweise bereits von der Verwaltung verfolgt werden, teilweise aber auch neue Aspekte mit einbringt. In Anlage 1 ist die beschriebene Einordnung tabellarisch dargestellt.

Die Anzahl der Ideen und Anregungen aus den beiden Positionspapieren ist in Summe sehr groß. Die vorgestellte Einordnung möchte zunächst einen Überblick verschaffen. Zugleich eignet sie sich als Grundlage, um die vorgeschlagenen Punkte in die Arbeit rund um das Thema Klimaschutz in Fürstenfeldbruck aufgreifen zu können. Hierbei handelt es sich um einen Prozess. Aus Sicht der Verwaltung handelt es sich bei beiden Positionspapieren um eine informelle frühzeitige Beteiligung von Interessengruppen.

Der Input dieser Gruppen ist im Rahmen der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Stadt Fürstenfeldbruck im Bereich Klimaschutz für Stadt, Politik und Verwaltung sehr wertvoll.

Dabei spiegelt sowohl die Anzahl, als auch der Detaillierungsgrad den ambitionierten Weg im Bereich Klimaschutz wieder. Viele der Punkte werden von der Stadt bereits verfolgt – viele der Punkte enthalten aber auch neue Anregungen, die die Stadt in ihren ambitionierten Klimaschutzziele weiter voranbringen kann. Einige der Punkte eignen sich aus unterschiedlichen Gründen nicht zur direkten Umsetzung. Die Verwaltung begrüßt das Engagement der Gruppierungen und möchte zusammen mit den politischen Gremien, den Bürgern und Interessengruppen eine gemeinsame Richtung finden und verfolgen.

Hierzu ist geplant, aus der Verwaltung heraus in einer der folgenden Sitzungen Ideen für die weitere strategische Ausrichtung für den Klimaschutz in Fürstenfeldbruck einzubringen. Hierbei soll insbesondere thematisiert werden, welchen Rahmen sich die Stadt Fürstenfeldbruck für die Zukunft im Bereich Klimaschutz geben möchte. Ziel ist dabei die Einbettung geeigneter Oberziele, Unterziele und Maßnahmen in die bestehenden und zukünftigen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz. Zu gegebenem Zeitpunkt wird hierzu den zuständigen politischen Gremien ein Vorschlag zur Entscheidung vorgelegt.

Die weitere Beteiligung von Interessengruppen und den Bürgern und ein abgestimmtes gemeinsames Handeln sind hierbei aus Sicht der Verwaltung wichtiger, noch zu konkretisierender Baustein, um zielgerichtet dem bereits getroffenen Beschluss aus der Stadtratssitzung vom 21.07.2020 zu entsprechen:

„Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.“

Abschließend kommt die Verwaltung zum oben formulierten Beschlussvorschlag.